

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Mai 1976

Evangelische Verantwortung

Heft 5/1976

In Glaube und Freiheit verpflichtet

Richard v. Weizsäcker

Dr. Richard von Weizsäcker hielt auf der diesjährigen Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Stuttgart neben dem Berliner Theologen Professor Dr. Walter Schmithals das Hauptreferat zum Thema „In Glaube und Freiheit verpflichtet“, wobei er – im Unterschied zum theologischen Ansatz von Walter Schmithals – besonders die politische Seite des Themas beleuchtete und kritisch der Frage nach der Berechtigung des „C“ für eine politische Partei nachging.

Keine Partei stellt mit ihrem Namen einen so hohen Anspruch wie die CDU. Nirgends wird damit die Lücke so sichtbar, die stets zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der Politik klafft. Kein Wunder, daß auch die Kritik am Namen der CDU anderer Art ist als bei der politischen Konkurrenz. Der Name ist für viele ein Ärgernis.

Was ärgert? Zwei Ebenen sind zu unterscheiden.

a) Einmal ist es die Taktik. Da gibt es den Vorwurf, wir trieben Mißbrauch mit dem C, um Wähler zu gewinnen und an uns zu binden. Solche Versuche hat es gegeben. Aber die Schlachten darüber sind geschlagen. Klerikale Wahlhilfe wird heute weder angeboten noch ist sie erwünscht. Der Parteiname ist keine Monopolanmeldung gegen andere, sondern Anspruch an uns selbst. Zahlreiche Christen gehören nicht zur CDU. Und viele CDU-Anhänger bekennen sich nicht zum Christentum. In der taktischen Ebene ist der Vorwurf des Namensmißbrauchs heute überholt und unseriös. Der Name bietet keine höheren Wahlchancen, sondern allenfalls Angriffsflächen. Das kann jeder unvoreingenommene Beobachter feststellen.

Allerdings wird es auf die Dauer auch keinen Nutzen bringen, Monopolanprüche gegen uns geltend zu machen. Vor vier Jahren war in den Wahlkämpfen oft zu hören, wer Christ sei, könne nicht gegen den Frieden und daher nicht gegen Brandt sein. Das war ein schwer-

Aus dem Inhalt

In Glaube und Freiheit verpflichtet	1
Aus unserer Arbeit	7
Chance und Aufgabe des konfessionellen Krankenhauses	8
Carl Heinz Peisker	
Dokumentation:	
19 Theologen schrieben an den EAK/Antwort des EAK	10
Aus unserer Arbeit	12
20. EAK-Bundestagung im Rückblick	13
Peter Egen	
Kurz notiert	14
Die Welt der Behinderten	15
Aus den Tagungsprogrammen der Akademien	16

lich zu überbietender Mißbrauch von Glauben in der Politik. Aber er ist einer Ernüchterung gewichen, zu der ohnehin Christen in allen politischen Lagern beitragen sollten.

b) Jenseits von Diffamierung und Taktik freilich können wir die Fragen gar nicht ernst genug nehmen, die unser Name stellt.

Die großen Probleme der Zeit wären lösbar, wenn wir Menschen in der Lage wären, politisch ge-

mäß der Bergpredigt zu handeln. Man wird sagen müssen: sie wären nur so lösbar. Frieden zu geben, alle Menschen auf der Welt satt zu machen, Gerechtigkeit walten zu lassen, die Freiheit des anderen zu wollen, das alles sind Aufgaben, an denen der Mensch immer wieder scheitert. Katastrophen waren schon früher die Folge. Niemand weiß, wie wir es schaffen werden, neuen Katastrophen zu entgehen.

Was können wir also meinen, wenn wir die eigene politische Partei christlich nennen? Zunächst: Welchen Eindruck erwecken wir? Legen wir nicht doch den Schluß nahe, als sei unsere Politik der Bergpredigt besonders verbunden, und als seien wir daher zur Lösung der Probleme am ehesten befähigt? Das meinen wir ganz und gar nicht. Wir wünschen es auch bei anderen nicht. Es war ein Fehlgrieff, als Helmut Schmidt, damals schon Bundeskanzler, im Jahre 1974 erklärte, die SPD stehe im Vergleich zu Wahlhelfern der CDU der Bergpredigt erkennbar näher (vgl. Kölner Rundschau vom 21. 10. 1974).

Aber wichtiger als solche Geplänkel ist es für uns, daß wir selbst keinen Anlaß zu Mißverständnissen geben. Wir machen Politik mit denselben menschlichen Eigenschaften, wie dies in anderen Parteien geschieht. Wir versagen vor den Forderungen der Bergpredigt nicht weniger als andere. Also warum dann der christliche Name? Immer von neuem brauchen wir darauf eine Antwort.

Die Gründer der CDU sahen sich 1945 „vor einem Trümmerfeld sittlicher und materieller Werte“. Sie riefen „die christlichen, demokratischen und sozialen Kräfte zur Sammlung, zur Mitarbeit und zum Aufbau einer neuen Heimat“ (Aufruf vom 26. 7. 1945). Übereinstimmende Erfahrungen in der Vergangenheit setzten sich um in den politischen Willen, den Herausforderungen der Gegenwart gemeinsam zu begegnen. Freiheit und Menschlichkeit sollten sich nicht wieder in sinnloser konfessioneller Gegnerschaft verlieren. Übereinstimmende Erfahrungen der Verfolgung im Dritten Reich, parallele Ansätze katholischer Soziallehre und evangelischer Sozialethik, die gemeinsame Verantwortung für die Aufgaben der Zeit; dies alles führte zu dem Willen, die Kräfte zur politischen Arbeit zu vereinigen.

Die Gründung der CDU ergab keine Mißverständnisse, weder nach innen noch nach außen, und zwar auch nicht durch den Namen. Hier wurde kein Glaubensanspruch angemeldet und nicht zum Kampf gegen Ungläubige geblasen. Sondern Erfahrung der Vergangenheit und gemeinsame Aufgaben der Gegenwart führten zur Vereinigung. Das Ergebnis war die Union. Ohne das U wäre das C nicht denkbar gewesen. So ist es auch heute. Aber das reicht nicht aus. Wir seien „eine noch kaum christliche Partei“, so meldet sich eine kritische Stimme aus den eigenen Reihen (Franz Alt in: Evangelische Kommentare 1974 Heft Nr. 10). Ich glaube das stimmt. Und es wird auch auf lange Zeit so bleiben.

Über die Fähigkeit einer Gesellschaft, sich im Zeichen der Gebote, unter denen sie steht, zu ändern, gibt schon das Alte Testament einige Auskunft. Den mahnenden und verzweifelnden Propheten folgten die Apokalyptiker. In ihre Zeit trat Christus. Er verkündet kein christliches Programm. Er sagt nicht: Das ist die Wahrheit. Er sagt vielmehr: Ich bin die Wahrheit. Das bedeutet: Es gibt nicht ein Gesetz, ein Dogma, eine Ideologie, eine abstrakte, programmierte politische Wahrheit zur Lösung der Probleme. Sondern es gibt ein Verhalten: handelnde Liebe.

Wer diese Aussage mit unserer politischen Wirklichkeit vergleicht, dem können leicht die Worte Gertruds von Le Fort in den Sinn kommen. Sie sagt: Gerechtigkeit gibt es nur in der Hölle; handelnde Liebe wartet auf uns im Himmel; auf Erden aber gibt es das Leiden. Sie gehört nicht zu jenen Fanatikern, die unter christlicher Flagge daherkommen und uns den falschen Weg weisen. Es gibt keine billigen Auswege.

Aber wir haben auch keinen Grund, hier stehen zu bleiben. Das Evangelium ist keine donnernde Bußpredigt. Christus macht keine ethische Befehlsausgabe und spricht kein moralisches Verdammungsurteil. Der Kern seiner Botschaft ist die Zusage an den Menschen. Wie Eberhard Jüngel es sagt: In Christus ist zugunsten des Menschen entschieden.

II

Wir leiten aus christlichem Glauben kein bestimmtes politisches Programm ab. Das kann man gar

nicht. Es gibt in unserem Land keine christliche Politik im Gegensatz zu einer unchristlichen Konkurrenz.

Christlicher Glaube gibt uns aber das Verständnis vom Menschen, auf dem unsere Politik aufbaut. Zwar meint Erhard Eppler, eine Partei könne und dürfe kein verbindliches Menschenbild haben, das sei Privatsache. Eine Partei könne und müsse sich jedoch auf Grundwerte einigen (Ende oder Wende, S. 46 f.). Das sehe ich anders. Parteien stehen im demokratischen Wettbewerb. Das heißt: Sie bieten die Möglichkeit einer Wahl zwischen demokratischen Alternativen. Damit dies zu keinen Monopolansprüchen und folglich zu keinem Vernichtungswettbewerb führt, ist es nötig, sich über Grundwerte zu verständigen. Grundwerte erfüllen nur dann ihren Sinn, wenn sie dem Gemeinwesen im ganzen dienen, dagegen nicht den Anhängern einer Partei. Deshalb halte ich es für einen Irrweg, wenn sich Grundwerte schon in ihrer programmatischen Ankündigung nur als „Grundwerte des demokratischen Sozialismus“ beschreiben lassen. Es muß gerade umgekehrt sein: Die Bindung an Grundwerte soll parteipolitisches Handeln für die gemeinsamen Aufgaben im Staat öffnen.

Nun genügt das Bekenntnis zu Grundwerten natürlich nicht. Entscheidend ist, wie sie einander zugeordnet und konkret verwirklicht werden. Eben dafür bedarf es der Orientierung. Und diese sehe ich für uns im christlichen Verständnis vom Menschen. Niemand wird damit in seiner privaten Glaubensüberzeugung gegängelt. Aber jeder kann nachprüfen, woran wir uns als Partei orientieren wollen. Darauf hat auch jeder einen Anspruch.

Der Mensch will sich in seinem Leben selbst verwirklichen. Dabei kann er die Erfahrung machen, daß seine Kraft begrenzt ist, und daß es jenseits dieser Grenzen eine Wirklichkeit gibt, über die er nicht verfügt. Transzendenz nennen wir das. Nach christlichem Verständnis ist Gott der Grund für Sinn und Sein. Ihm verdankt sich der Mensch, nicht sich selbst. Damit ist er vom Zwang befreit, sich und der Welt einen letzten Sinn zu geben. Diese Erkenntnis befreit und verpflichtet ihn zur sittlichen Entscheidung. Er handelt nach seinem besten Wissen und Gewissen. In

verantworteter Freiheit gestaltet er sein Leben und seine Welt selbst: in Glaube und Freiheit verpflichtet.

Die absolute Wahrheit besitzt er nicht. Im Streit um den besten Weg darf er sich gegenüber den Mitmenschen nicht auf eine höhere Macht berufen. Die Bibel ist kein Rezeptbuch. Sie beantwortet uns nicht die Frage nach der besten Mitbestimmung und nach den richtigen Polenverträgen. Darüber müssen wir in der Demokratie untereinander streiten. Dies geschieht in eigener Verantwortung und unter gegenseitiger Achtung. Denn die Freiheit des anderen ist nicht nur Grenze, sie ist auch Bedingung meiner eigenen Freiheit.

Über diese zuletzt gemachten Aussagen läßt sich wahrscheinlich eine ziemlich weitgehende Einigung unter den demokratischen Parteien unseres Landes erzielen. Wenn das stimmt, dann ist es wichtig, dies festzuhalten. Denn wir sind in der Politik ja immer wieder in der Gefahr, die Gegensätze untereinander größer zu machen als sie es sind. Wir haben zwar die Aufgabe, klare Positionen zu beziehen und ohne Zimperlichkeit um Mehrheiten zu kämpfen. Aber das darf nicht wie in einem Scheidungsprozeß verlaufen, in dem die Prozeßparteien selbst durch ihr Auftreten vor dem Richter oft dasjenige vollends zerstören, was es an Gemeinsamkeiten und Respekt noch gegeben hatte.

III

Politisch gesprochen lag der entscheidende Beitrag des Christentums darin, daß es den Blick auf den einzelnen Menschen wendete. Der Mensch ist der unverwechselbare, einmalige, persönlich von Gott Gerufene. Das macht ihn zur Person. Seine Würde ist unantastbar. Sie gehört zu ihm unabhängig von Erfolg oder Mißerfolg und unberührt vom Urteil der anderen. Diese Erkenntnis ist unverändert aktuell für die Bestimmung von Werten und Zielen in der Politik.

Die Stärke dieses christlichen Ansatzes war aber mit einer Schwäche gepaart. Er kann zu einer Individualisierung führen, die die soziale Wirklichkeit des Menschen nicht trifft. Die Person kann durch die gesellschaftlichen Bedingungen gehindert sein, ihr Leben menschenwürdig zu führen. Wer den Menschen in den Mittelpunkt rückt,

muß sich also zuerst der Verhältnisse politisch annehmen, unter denen der Mensch lebt. Damit sind wir mitten in den Auseinandersetzungen, die die Entstehung unserer Demokratie in der Industrialisierung und Massengesellschaft entscheidend geprägt haben. Die Frage nach dem Menschenbild war damals in einer Weise gegenwärtig, die einen Christen weit eher betroffen machen mußte als ihn zum Widerspruch zu reizen. Man denke nur an den oft zitierten Satz des jungen Karl Marx, es seien „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“. (Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Fischer-Bücherei, Band 1, S. 24)

IV

Seit Marx diesen Satz geschrieben hat, sind weit über hundert Jahre vergangen. Vieles Entscheidende hat sich verändert.

a) Die soziale Frage stellt sich heute weltweit. Ein wachsendes wirtschaftliches Gefälle, Bevölkerungsexplosion und Hunger radikalieren die Weltpolitik. Die Völker der Entwicklungsländer nehmen uns nach unseren eigenen Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit und Menschenwürde in Pflicht. Der Kampf um die Verhältnisse, um die Überlebensbedingungen wird weltweit geführt. Allseits, auch in der christlichen Theologie, wird um die Frage gerungen, die wir aus der Entstehung unserer eigenen demokratischen Gesellschaft kennen: Genügt es die Verhältnisse zu reformieren oder führt nur der Weg der Revolution zum Ziel?

Wir können uns nicht im eigenen Land abkapseln. Unsere Mitverantwortung im weltweiten Ringen wahrzunehmen, entspricht unseren eigenen Interessen. Ich verkenne nicht diesen wachsenden Zusammenhang von Außen- und Innenpolitik, kann ihn hier aber nicht vertiefen und auch die Entwicklung in den sogenannten sozialistischen Ländern nicht weiter verfolgen. Vielmehr beschränke ich mich auf die eigene Gesellschaft, in der wir Klarheit über unsere Aufgaben brauchen.

b) Auch unser eigenes Gemeinwesen hat gewaltige Veränderungen erlebt, seitdem der Sozialismus in die politische Arena einge-

treten ist. Alte Probleme wurden gelöst, neue sind entstanden. An beiden hat er mitgewirkt.

Im heutigen politischen Tageskampf versuchen freilich einige, den Eindruck zu erwecken, als lebten wir noch in Weimar oder gar in Bismarcks Reich. Unverdrossen kämpfen sie wie früher den Kampf des Sozialismus gegen den Kapitalismus. Sie übersehen oder sie verschweigen, daß dies in der Bundesrepublik Deutschland unserer Tage gar nicht die politische Alternative ist.

Das will ich begründen und denke dabei an die zutreffende Mahnung Helmut Gollwitzers, die schon auf Karl Marx zurückgeht: „Wer über den Sozialismus diskutieren will, muß zuerst den Kapitalismus analysieren“ (Helmut Gollwitzer, Kapitalistische Revolution, S. 11). Wir wissen alle, daß wir dem Marxismus entscheidende Beiträge zur Kapitalismuskritik verdanken. Aber wir können sie nicht unbeachtet übernehmen.

Der Kapitalismus ist kein politisches Programm, sondern ein Wirtschaftssystem. Er hat die Neigung, sich auf alle Lebensverhältnisse auszuwirken. Aber das geschieht

Prof. Dr. theol. Walter Schmithals
„In Glaube und Freiheit verpflichtet“ in der Juni-Ausgabe der Evangelischen Verantwortung.

nur so weit, als die jeweilige politische Ordnung ihm dies gestattet. Im Zeichen der Industrialisierung im 19. Jahrhundert wurde der Spielraum so groß, daß der Kapitalismus Kräfte von wahrhaft revolutionärem Ausmaß entfaltete. Nicht der Sozialismus, sondern zunächst der Kapitalismus war es, der die vorgefundene konservative Ordnung der sozialen Lebensbeziehungen unter den Menschen und ihrer Weltanschauung gründlich veränderte. Je mehr die Gesellschaft sich seiner überlegenen materiellen Leistungsfähigkeit überließ, desto stärker gewann auch das materielle Interesse die Oberhand über die politischen und menschlichen Verhältnisse. Es war eine gewaltige Emanzipation gegenüber Bindungen und Werten, die bis dahin gegolten hatten.

Ich muß mich jetzt mit wenigen Andeutungen begnügen, um die Entwicklung bis zu unserer heuti-

gen Demokratie zu schildern. Das Bürgertum setzte sich für liberaldemokratische Grundsätze im Staat ein. Dem Sozialismus aber waren die Freiheiten der liberalen Bürger nicht genug. Er kämpfte darum, sie auf die sozialen Lebensbedingungen in der ganzen Gesellschaft auszudehnen. So gingen Liberalismus und Sozialismus auseinander. Erst Friedrich Naumann verwies wieder auf den Zusammenhang ihres Ansatzes. Der Sozialismus aber sah und sieht sich bis heute als die politische Kraft, welche in der Kontinuität des Fortschritts der Gesamtgeschichte steht (vgl. Brakelmann, Lutherische Monatshefte 1975, 474).

Was heißt hier Fortschritt? Mit diesem Ausdruck meinen wir ein Werturteil, wenn wir unser Fortschreiten in der Geschichte beschreiben. Wir können Geschichte nicht beliebig an- oder abdrehen, wie einen Gartenschlauch, je wie es uns gerade zum Wetter paßt. Wir können und wollen der eigenen Geschichte und ihren Folgen nicht entgehen. Wer keine Geschichte hat, hat auch keine Zukunft. Aber die Zukunft ist damit noch nicht gemeistert. Sie wächst aus der Vergangenheit hervor, aber sie folgt ihr nicht blindlings. Sie stellt uns im Wandel der Zeit vor neue Herausforderungen. Deshalb ist es Aufgabe der Politik, Errungenes und Bewährtes zu bewahren und es mit der Kraft zur ständigen Erneuerung zu verbinden.

Damit zurück zum Kapitalismus, zum Sozialismus und zu uns. Der Kapitalismus hat eine ungeheure Steigerung der Leistungskraft unserer Volkswirtschaft gebracht. Aber er hat die Gefahr entwickelt, sich zum Herrscher über unsere Werte aufzuwerfen, anstatt ihnen zu dienen. Wie der Liberalismus im staatlichen, so hat der Sozialismus im gesellschaftlichen Bereich gekämpft. Ergebnisse wurden erzielt, die zu den bleibenden Fortschritten zählen. Sie sind Allgemeinut unseres demokratischen und sozialen Rechtsstaates gewor-

den. Die CDU hat nicht den mindesten Grund, sich von einem Fortschritt zu distanzieren, nur weil dem Sozialismus wesentliche geschichtliche Verdienste an ihm zufallen. Ganz im Gegenteil, was erungen wurde und sich bewährt hat, gilt es zu bewahren. Wir sind konservativ genug, uns daran gestrost zu beteiligen.

V

Doch nun geht es weiter. Denn der Sozialismus hat nicht nur einen entscheidenden Anteil an der Lösung alter Probleme gehabt, sondern auch neue Probleme geschaffen. Die CDU ist unter den politischen Kräften unserer Demokratie die junge Partei. Die SPD aber ist die alte. Daher liebt sie es, eine Auseinandersetzung der Vergangenheit in eine veränderte Gegenwart hineinzubeschwören. Sie kämpft um die Überwindung von Zuständen, die der Geschichte angehören. Sie will alte Solidaritäten erneuern, um frühere Erfolge heute zu wiederholen. Sie geht dabei so weit, Fortschritte unsichtbar machen zu wollen, zu denen sie doch selbst entscheidend beigetragen hat. Sogar Herbert Wehner warnte unlängst seine Partei davor, erst den Arbeitnehmern zum Aufstieg zu verhelfen, es dann aber nicht wahrhaben zu wollen und alles wieder als „unterdrückte, lohnabhängige Massen“ einzunivellieren (Deutschlandfunk, 10. 11. 1974). Er hält das wohl für kurzfristige Taktik, und mit Recht.

Damit hängt die schon erwähnte falsche Alternative zusammen, welche die SPD so gern zwischen Sozialismus und Kapitalismus aufbaut. Das läuft darauf hinaus, den Kapitalismus zu überschätzen, aber zugleich auch die Möglichkeiten der Politik zu unterschätzen.

Der Kapitalismus ist, ich wiederhole es, ein Wirtschaftssystem, keine politische Wertordnung. Er ist das effektivste System der materiellen Güterversorgung, das wir kennen. Das ist außerordentlich bedeutsam für Mensch und Politik. Aber es ist nicht das ganze Leben. Der Mensch hat weitergehende Fragen nach Sinn und Glück. Das Gemeinwesen braucht Orientierung durch Werte und Ziele. Der Kapitalismus drängt sich nicht vor, um dies alles zu beantworten. Aber quasi subsidiär macht er sich in

seinen Maßstäben dort breit, wo es ihm nicht verwehrt wird. Der Kapitalismus wird nur dann zur alles beherrschenden Macht, wenn wir ihm das Kommando über das gesamte Leben überlassen. Aber er kommt doch nicht wie ein Schicksal über uns, das uns zur Übergabe zwingt. Sondern wir selbst setzen die Ziele, die Wertmaßstäbe und damit auch die Rahmenbedingungen, in die sich das Wirtschaftssystem eingefügt hat. Nicht der Kapitalismus versagt, sondern die Politik, wenn wir das freie Spiel der Kräfte am Markt mit dem ganzen Leben verwechseln. Die soziale Ordnung durchzusetzen, jedem seine Chance zu geben, das Gleichgewicht und den Haushalt der Natur zu sichern, die Umwelt zu schützen, kurz menschenwürdig zusammenzuleben, das ist die Aufgabe der Politik. Der Markt ist dafür besser nutzbar als eine wirtschaftliche Reglementierungsmaschinerie. Aber er hat sich den Bedingungen anzupassen, die wir dafür vorgeben. Er kann das auch, wenn wir nur Manns genug sind, diese Bedingungen auch durchzusetzen.

Der Sozialismus trat gegen den Kapitalismus an. Er fand ihn vor als die wirtschaftliche Macht, die vermeintlich alles beherrschte. Es ist sein Verdienst, die gewaltige Bedeutung des Wirtschaftlichen erkannt und ihre Gefahren bekämpft zu haben. Aber weil er den Kapitalismus für die Wurzel schlechthin alles Bösen hielt, überschätzte er das Wirtschaftliche. Und soweit er zur Heilung des Übels nur ein sozialistisches Wirtschaftssystem gegenüberstellte, unterschätzte er den Einfluß demokratischer Politik auf den Kapitalismus und verkannte dessen Fähigkeit, dazuzulernen, sich anzupassen und neue Aufgaben zu lösen. Bis heute ist der Sozialismus bei uns von dieser Einseitigkeit gekennzeichnet. Nicht umsonst trägt das neue Langzeitprogramm der SPD den Namen ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen. Im Grund unterschätzt sich der Sozialismus damit selbst. Denn er will doch mehr sein als nur Ökonomie. Er will die Widersprüche auflösen, unter denen der Mensch lebt, und seine Entfremdung überwinden. Er will ihn durch eine „neue und bessere Ordnung der Gesellschaft“ zur Selbstbestimmung führen. Die Ordnung, die auf den Werten des demokratischen Sozialismus auf-

baut, ist laut Godesberger Programm doch sogar „die Hoffnung der Welt“.

Diese Ausdrucksweise stört uns natürlich. Denn sie weiß sich zwar dem eigenen Glauben verpflichtet. Aber sie klingt nicht gerade nach Freiheit des demokratischen Wettbewerbs. Ist denn die Welt endgültig zur Hoffnungslosigkeit verurteilt, wenn es anders kommt als nach dem Godesberger Programm? Darüber sind wir wirklich verschiedener Meinung. Aber es geht nicht um den Ausdruck, sondern um die Sache selbst, und zwar eben genau in der Freiheit des demokratischen Wettbewerbs.

VI

Es gilt, die Würde des Menschen zu wahren und ihm die freie Entfaltung der Person zu ermöglichen. Vom Fortschritt auf diesem Weg war schon die Rede. Um die Anteile am Verdienst wollen wir nicht allzulang streiten. Die Unionsparteien haben sich, seitdem sie politisch mitwirken, entschlossen dafür eingesetzt, eine menschenwürdige soziale Ordnung auf der Grundlage eines für alle leistungsfähigen wirtschaftlichen Systems zu verwirklichen.

Nur ein Beispiel will ich herausgreifen: unser System der sozialen Sicherung. Darüber wird heute viel debattiert, nicht zuletzt weil uns unser Anspruchsdenken zu schaffen macht. Aber hier, wie ich glaube, an der falschen Stelle. Sozialleistungen sind heute nicht Almosen, sondern Rechtsansprüche. Das ist ihr großer Fortschritt. Die Renten z. B. üben heute für minderbemittelte Bürger die Funktion aus, welche in anderen Schichten beim Eigentum liegen können. Die Grundrisiken sind solidarisch abgesichert. Daß dies in der Form von Rechtsansprüchen geschieht, hat eine befriedende und befreiende Wirkung. Nicht der Gedanke des Sozialstaates mit seinem Rechtsanspruch auf die soziale Sicherung ist unser Problem. Gerade er hat ja einseitige Wirkungen des Kapitalismus überwunden und ist daher festzuhalten.

Aber Probleme haben wir schon, und zwar große und wachsende. Sie haben wieder wie im 19. Jahrhundert mit dem Menschen und seinen gesellschaftlichen Verhältnissen zu tun, nur ganz anders als damals. Zu jener Zeit war der

Mensch nur allzu oft ein leidendes Objekt der Verhältnisse. Das ergab massive Unfreiheit. Heute gibt es neue, schwerer greifbare Gefahren der Freiheit: technischen Massenzwang, anonyme Bürokratie, zentrale Vereinheitlichung und Rationalisierung. Es fehlt die Nachfrage nach den eigenen schöpferischen Kräften des Menschen, die er um seiner Freiheit willen braucht und ohne die auch das Gemeinwesen gar nicht auskommt. Dem Menschen droht, kaum daß er der alten Objektrolle entronnen ist, eine neue: zum Objekt des Kollektivs zu werden. Aber kann es den freien, schöpferischen Menschen in einer großen, zusammengedrängten und industrialisierten Gesellschaft überhaupt geben? Schließen Masse und persönliche Freiheit sich nicht gegenseitig aus? Es liegt nahe, ist aber nicht hilfreich, solche totalen Fragen zu stellen. Denn es gibt keine totalen Antworten, sondern höchstens totalitäre, die wir nicht wollen. Es geht vielmehr um Etappen und Schritte auf dem Weg zur Freiheit.

a) Der wichtigste erste Schritt zur Freiheit ist die Befreiung von unzumutbaren Abhängigkeiten. Aber wir dürfen dabei nicht alte gegen neue eintauschen. Da gibt es z. B. Leute, welche die Herrschaft von Menschen über Menschen beseitigen wollen. Was sie aber an ihre Stelle setzen, ist nicht ein Paradies der Gleichen, das es gar nicht gibt, sondern die Herrschaft des Kollektivs über den Menschen, z. B. an einigen Fachbereichen hessischer Universitäten. Das macht die Menschen nicht freier. Das Kollektiv ist weder menschlicher noch liberaler als ein einzelner Vorgesetzter. Aber es ist anonym und ohne personale Verantwortung. Es gibt bekanntlich keine Kollektivschuld. Es ist eine gefährliche Illusion, im Zeichen der Freiheit Herrschaft abschaffen zu wollen. Worum es geht, ist Herrschaft einzugrenzen, durchschaubar, kontrolliert und vor allem personal verantwortlich zu machen. Dazu verpflichtet uns die Freiheit.

b) Der Staat kann und darf nicht alles selbst in die Hand nehmen. Es ist gut, daß wir freie Gruppen und Verbände in unserer Gesellschaft haben. Je größer ihr Einfluß ist, desto mehr gilt auch für sie, daß Freiheit nicht ohne Verantwortung zu haben ist. Es ist

Aufgabe der verfassungsmäßigen Organe des Staates, diese Sozialpflichtigkeit zu gewährleisten.

Die Mitbestimmung ist ein Gestaltungsprinzip in unserer Wirtschaft. Mit ihr setzen wir Partnerschaft anstelle von Klassenkampf. Die Gewerkschaften sind dafür, wie die Unternehmer, als gleichgewichtige Sozialpartner unentbehrlich. Die Mitbestimmung erfüllt aber ihre Aufgabe nicht dadurch, daß große Machtgruppen, welche es in der Wirtschaft gibt, durch eine noch größere Machtgruppe der freien Gesellschaft kontrolliert werden. Machtkontrolle, auch in der Wirtschaft, ist Sache der gewählten Organe des Staates. Machtbalance kann dabei helfen.

Mitbestimmung betrifft in erster Linie die Verhältnisse der Arbeit. Der Mensch soll Freiheit nicht nur in der Befreiung vom Arbeitsleid durch immer mehr Freizeit finden, sondern Elemente der Freiheit in seiner Arbeitswelt selbst verwirklichen können. Es geht im Kern also um seine eigene Teilnahme. Man möge manche heutigen Mitbestimmungsdiskussionen einmal mit den bedeutsamen Gedanken des jungen Marx über die Arbeit für die Selbstverwirklichung des Menschen vergleichen.

c) Wir brauchen große Gruppen in der freien Gesellschaft. Aber wir dürfen dabei nicht den Blick dafür verlieren, wohin sich die neuen Konflikte unserer Gesellschaft entwickeln, Kapital und Arbeit bleiben in einem konfliktreichen Spannungsverhältnis, das wir nicht aufheben können, sondern in Partnerschaft mit gleichen Rechten und Pflichten fruchtbar machen wollen. Aber wie steht es mit dem Konflikt zwischen Organisierten und Nichtorganisierten, zwischen Beschäftigten und Nichtbeschäftigten. Man denke an die heutigen Probleme der Arbeitslosigkeit und neuer Armut. Dazu nur ein aktuelles Beispiel: Der öffentliche Dienst gehört zu den bestorganisierten und größten Gruppen unserer Gesellschaft. Es leuchtet jedermann ein,

daß auch diese Gruppe einen Ausgleich für Geldentwertung und gestiegene Abzüge erwartet. Aber von einem freien Träger in der Sozialarbeit habe ich gehört, die Durchsetzung der derzeitigen Tarifforderungen im öffentlichen Dienst würde z. B. auf dem Umweg über Löhne und Gehälter die Tagessätze in den Altersheimen um 6 bis 8% steigen lassen. Wie sollen alte Menschen das bezahlen, unter denen es schon heute immer mehr Sozialhilfeempfänger gibt? In solchen neuen Konflikten gibt es keine billigen Lösungen. Aber wir müssen uns ihnen stellen. Um der Freiheit willen muß der Staat sich zunächst zum Sprachrohr der Sprachlosen machen, bevor er den starken Organisationen entgegenkommt. Die Unvertretenen sind sonst die ersten Opfer einer Kollektivierung.

d) Wir leben über unsere Verhältnisse. Über diesen Satz diskutiert man bei uns seit einiger Zeit, ohne daß ihn dabei irgend jemand ernsthaft bestreitet. Aber was folgt daraus? Auch dafür ein Beispiel: das Gesundheitswesen. Hier steigen die Kosten bekanntlich schneller als überall sonst. Es gibt ein Knäuel von Problemen und Vorschlägen. Sie betreffen die pharmazeutische Industrie und die Ärzte, die Krankenhäuser und die Krankenkassen. Sie beschäftigen sich mit einem System, welches unter anderem darunter leidet, daß Angebot und Nachfrage allzu sehr in einer Hand liegen. Wir sind uns einig, daß jeder Bürger ohne Rücksicht auf seine persönlichen Verhältnisse die bestmögliche Behandlung erhalten soll. Aber von keiner geringeren Bedeutung ist es, den Bürger nicht zum bloßen Objekt des Gesundheitssystems zu machen. Er selbst, der Mensch, hat es mehr als jedes System in der Hand, durch seine Einsicht und seine persönlichen Kräfte Gesundheit zu erhalten und wiederzugewinnen. Kein Sozialstaat der Welt kann seinen Bürger gesund erhalten und die Kosten dafür aufbringen, wenn der Mensch selbst mit seiner Gesundheit verantwortungslos umgeht.

e) Materielle Leistungen der Gesellschaft und materiell orientierte Berufe gibt es in Fülle. Weit geringer sind personale Leistungen und soziale Dienste, obwohl das Bedürfnis nach ihnen ständig wächst. Es gibt immer mehr isolierte hilfsbedürftige Menschen, ältere Mit-

bürger oder Kranke, die die Zuwendung des Mitmenschen suchen. Und es gibt unter älteren wie auch unter jüngeren Menschen viel Bereitschaft, ganz unabhängig von materiellen Zielen die eigenen Kräfte dafür schöpferisch einzusetzen: So gehört es zur politischen Bewährungsprobe der Freiheit, soziale Dienste zu ermöglichen, zum Wohle beider, der Empfänger und derer, die sie leisten.

f) Zu dieser Reihe zählen noch weitere wichtige Beispiele, etwa der Platz der Familie und die Rolle der Frau in ihrer oft unerträglichen Belastung durch Aufgaben gegenüber den Kindern, im Haushalt und im Beruf. In einem ganz anderen Sinn gehört auch die Verpflichtung der Freiheit dazu, sich weder moralisch noch machtpolitisch den Mächten der Unfreiheit kampflos zu beugen. Freiheit läßt sich nicht kollektiv mit Waffensystemen und Bündnissen sichern, wenn nicht auch unsere eigene Bereitschaft dazukommt, für den Schutz der Freiheit nach außen und innen selbst anzutreten. Ich kann dies hier nicht mehr im einzelnen ausführen und kehre zum Ausgangspunkt zurück.

VII

Im Frühstadium unserer Demokratie fand sich der Mensch als das Opfer unfreier gesellschaftlicher Verhältnisse. Die Aktivität, die Initiativen und die schöpferische Kraft, zu denen Menschen fähig sind, lagen in der Hand nur einer kleinen Schicht der Bevölkerung. Sie wurden nicht nur positiv genutzt, sondern führten auch zur Ausbeutung. Um der Freiheit des Menschen willen galt daher der politische Kampf der Veränderung dieser Verhältnisse.

Die verändernde Kraft dieser Politik war groß. Aber es ist in der Politik oft wie in der Medizin. Die eingesetzten Mittel waren wirksam, aber sie hatten Nebenwirkungen. Und diese sind heute zur selbständigen oft größeren Gefahr für die Freiheit des Menschen geworden. Aus der Abhängigkeit von privater Macht ist eine Abhängigkeit vom Kollektiv geworden. Die Emanzipation von alten Abhängigkeiten ist erfolgt. Aber sie hat neue mit sich geführt. Emanzipation ist noch nicht Freiheit.

Die Freiheit der Person, Lebenserfüllung, Freude und Glück hängen davon ab, daß der Mensch

selbst sich entfalten kann. Dazu gehört der Freiraum zum eigenen Urteil und zur persönlichen Entscheidung, in der freien Zeit und im Beruf. Freiheit dieser Art wird nicht nur von Minderheiten gewürdigt, die über materiellen Besitz verfügen oder sich zu geistig-politischen Eliten zählen; sie wird vielmehr von allen geschätzt. Der freie Mensch braucht die Chance zur Aktivität, zur schöpferischen Fantasie und zur eigenen Gestaltungskraft. Dann kann er sich aus der Rolle des Objekts befreien.

Damit lernen wir auch, mehr zu wollen und zu können als nur Leistungen entgegenzunehmen. Wir lernen, nicht nur etwas zu beanspruchen und zu empfangen, sondern es selbst zu tun, und mit anderen zu teilen. Dies ist der untrennbare Zusammenhang von Freiheit und Solidarität. Der Mensch ist nach seinen Anlagen auf Gemeinschaft angewiesen. Er verkümmert mit seiner Freiheit, wenn er sich individualistisch isoliert oder wenn er im Kollektiv untergeht. Die Solidarität ist Ausdruck seiner sozialen Natur. Politik soll dem Menschen helfen, für sich selbst Verantwortung zu tragen und mitverantwortlich zu sein für die Freiheit des Nachbarn und des Gemeinwesens. Unsere Gesellschaft braucht Verhältnisse, die dies zulassen und dazu ermutigen. Denn unsere Politik gilt dem Menschen, ihr Ziel sind nicht die Verhältnisse. Die Gesellschaft ist für den Menschen da, nicht aber der Mensch für die Gesellschaft.

Was in unserem Land in den vergangenen 100 Jahren gelöst wurde, findet sich heute im weltweiten Ringen um Überleben und Gerechtigkeit wieder. Wir haben daran verantwortlichen Anteil.

Für unsere eigene Gesellschaft aber ist die Alternative unserer Zeit nicht Sozialismus oder Kapitalismus. Die Alternative ist der kollektivierte oder der freie Mensch. Unsere Meinung ist, daß weder Sozialismus noch Kapitalismus die Aufgabe lösen können, die sich hier stellt. Der Kapitalismus produziert solche Lösungen überhaupt nicht, er wird sich der politischen Ordnung unterzuordnen haben. Der Sozialismus hat seine Erfolge hinter sich. Er hat sich bleibende Verdienste erworben, um alte Verhältnisse zu verändern. Aber dabei hat er selbst maßgebend mit dazu bei-

getragen, durch neue Verhältnisse neue Probleme zu schaffen. Nicht er ist die politische Kraft, um sie zu meistern. Hier liegt die Herausforderung für die Christlich Demokratische Union.

VIII

Damit sind wir zuletzt wieder beim Namen unserer Partei. Würden wir für sie heute diesen Namen wählen, wenn sie keinen hätte? Vor dieser Frage stehen wir nicht. Wir finden den Namen vor und haben uns zu fragen, wozu er uns verpflichtet.

● Es ist die nüchterne Einsicht, daß der Mensch irrt und schuldig wird. Wir sind nur allzu oft der Katastrophe näher als der Lösung der Probleme. Nach christlichem Verständnis fügen wir hinzu: Aus eigener Kraft kann der Mensch die letzte und entscheidende Entfremdung nicht aufheben, die Entfremdung von Gott und damit von sich selbst.

● Aber wir sind verantwortlich für unser Leben und für unsere Welt. Wir nehmen die Verhältnisse nicht als unveränderlich hin. Wir handeln in der Zuversicht, daß es sich lohnt, uns für die Zukunft ein-

zusetzen. Die Nüchternheit gibt unserer Leidenschaft in der Politik das menschliche Maß. Der Glaube gibt uns die Hoffnung, die zum Menschen führt.

● Je besser es uns gelingt, in diesem Horizont zu denken und zu handeln, desto weniger Zweifel wird unser Name auslösen. Je weniger wir in Vergangenes zurückfallen, und je konkreter wir die Herausforderungen unserer heutigen Zeit bestehen, desto mehr wird der Name an Gewicht gewinnen. Darauf sind wir, eine junge Partei, durch die Freiheit verpflichtet.

Aus unserer Arbeit

EAK-Baden im Gespräch mit der Kirche

Herrenalb: Der Evangelische Arbeitskreis der CDU in Baden führte kürzlich in Bad Herrenalb eine Begegnungstagung mit der Evangelischen Landeskirche durch, in deren Mittelpunkt wirtschaftspolitische Fragen standen, die von dem Vorsitzenden der CDU in Nordbaden, Prof. Dr. Gerhard Zeitel, MdB sowie dem Bundesvorstandsmitglied des EAK, Dr. Philipp von Bismarck, MdB, unter besonderer Berücksichtigung der ethischen Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft erörtert wurden. Die Tagung, an der auch Landesbischof Prof. Dr. Hans-Wolfgang Heidland teilnahm, eröffnete EAK-Landesvorsitzender Minister Dr. Traugott Bender nach einem geistlichen Wort von Pfarrer Kurt Meythaler aus Pforzheim. Pfarrer Meythaler, Mitglied des EAK-Landesvorstandes hatte das Wort aus dem 1. Petrus-Brief, 4.10: „Und dienet einander, ein jeglicher mit der Gabe, die er empfangen hat, als die guten Haushalter der mancherlei Gnade Gottes“ als Grundlage für seine Interpretation genommen.

Dr. von Bismarck gab zunächst einen Abriss der Theorie der sozialen Marktwirtschaft. Der bewußt lebende Mensch muß sich der Frage stellen, wie er in einer arbeitsteiligen Wirtschaft und damit in einem Netz gegenseitiger Abhängigkeit in Freiheit leben kann.

Diese Freiheit kann der Christ nur in der Verantwortung vor Gott und der Gesamtheit und nicht als schrankenlose Möglichkeit sehen.

Die Organisationsaufgabe der Gesellschaft ist die geordnete Zusammenführung der Wirtschaftskräfte, also beispielsweise des Kapitals, der Arbeitskräfte, der Intelligenz, der Innovationen. Der Ordo-Liberalismus stellt als Ordnungsprinzip für diese Aufgabe den Markt in den Mittelpunkt. Wenn der Wettbewerb ausreichend geschützt wird, gewährleistet der Markt eine dezentralisierte und ausreichend delegierte Machtausübung durch den Bürger. Selbst ein solcherart geordneter Markt steht im Gegensatz zur Zentralverwaltungswirtschaft, wie sie alle Nachfolger Marxens als ausschließlich richtig fordern. Dieser Markt mit freiem Wettbewerb ist eine Voraussetzung unserer Freiheit. Verstöße gegen diesen Wettbewerb, als Wettbewerbsbeschränkungen, sind demnach Verstöße gegen unser aller Freiheit und keine Kavaliersdelikte mehr.

Prof. Gerhard Zeitel wies in seinem Referat auf die große Bedeutung der wirtschaftlichen Vorgänge für das Schicksal unseres Volkes hin und forderte eine stärkere Einbindung aller wirtschaftlichen Gruppen in die Verantwortung für das Ganze. Er zeigte verschiedene Entwicklungstendenzen für unsere Wirtschaft in den nächsten Jahren auf und stellte u. a. fest, daß der Leistungswille teilweise nicht mehr

im notwendigen Maß vorhanden sei. Als kritisch betrachtete er, daß aus berechtigter Kritik in Teilbereichen gesellschaftliche Gruppen Forderungen an das Ordnungssystem richten, die das System endlich selbst aufheben.

Strukturveränderungen unseres Systems drohten besonders im Bereich der sozialen Sicherheit. So müsse man damit rechnen, daß die Angestelltenversicherung in diesem Jahr zum erstenmal defizitär werde. Dies sei besonders bedenklich, weil mit den Überschüssen der Angestelltenversicherung die Defizite der Invaliden- und Knappschaftsversicherung abgedeckt worden seien. Zeitel äußerte Kritik an der Kirche. Sie habe ebenfalls in Denkschriften über Teilbereiche die Gesamtverantwortung vergessen. Zeitel machte darauf aufmerksam, daß es sich bei den wirtschaftlichen Vorgängen des letzten Jahres um keinen konjunkturellen Einbruch, sondern um eine Strukturkrise handle. Darüber könne nichts hinwegtäuschen.

Die Begegnungstagung, die von Friedrich Reiner aus Meersburg vorbereitet worden war, zeigte wie hilfreich solche Veranstaltungen sein können, die zu einer Verstärkung des gegenseitigen Verständnisses führen.

Es wäre sicherlich der Sache dienlich, so sagte Dr. Bender in seinem Schlußwort, wenn dieses offene und freimütige Gespräch fortgeführt werden könnte.

Chance und Aufgabe des konfessionellen Krankenhauses

Carl Heinz Peisker

Seit Jahren wird in der Bundesrepublik aus den verschiedensten Motivationen und mit den verschiedensten Argumenten die Diskussion über die Möglichkeiten und Grenzen des Sozialstaates geführt. Diese Diskussion hat sich in einem bisher unbekanntem Maße verschärft, da seit zwei Jahren die Rezession, die Überbelastung der öffentlichen Haushalte, die Arbeitslosigkeit als seit 25 Jahren mehr oder minder unbekanntes Erscheinungen verunsichern.

Als im Jahre 1949 die Grundentscheidung für den Sozialstaat fiel, so war dies ein Teilaspekt unseres Staates. Und unter Sozialstaat verstand man nicht ein beschreibbares Bild, sondern eine Aufgabe. Man verstand unter Sozialstaat dynamisch und nicht statisch.

Das bedeutet in der heutigen Situation, die sozialen Gesetze zu prüfen und z. B. dort einzugreifen, wo aus sozialer Hilfe ein unberechtigtes, unsoziales Privileg geworden ist.

Aber das sind permanente Aufgaben. Ich möchte es kurz formulieren: Aus dem Sozialstaat darf kein Unsozialstaat, aus Sinn kein Unsinn, aus Wohltat keine Plage werden.

Wie nahe wir an dem Sozialstaat als Plage sind, mag eine Beobachtung verdeutlichen: Nach den Berechnungen wirtschaftswissenschaftlicher Institute haben seit 1960 sich die Sozialausgaben um 20 % stärker als das Bruttosozialprodukt erhöht. Die Belastungen der Arbeitnehmer mit Sozialabgaben haben eine Höhe erreicht, die man 1955 für undenkbar und vor allem für unsozial gehalten hätte. Doch im selben Augenblick muß man nach der Belastbarkeit der Wirtschaft fragen. Durch zu hohe Sozialabgaben wird ihre Investitions- und Wettbewerbsfähigkeit eingeschränkt. Und diese Entwicklung ist noch nicht zum Stillstand gekommen. Bis vor einigen Jahren merkte der Arbeitnehmer noch nicht so viel davon, da der Einkommenszuwachs die Teuerungsrate der Sozialabgaben bei weitem überstieg. Der Einkommenszuwachs war

aber nur bei Wirtschaftszuwachs möglich. Dieser aber ist abgestoppt. Was soll nun werden? Die Sozialabgaben in den Griff bekommen? Oder vorerst einmal einen Sündenbock suchen? Den hat man bereits.

Besonders stark sind ja die Kosten des Gesundheitswesens gewachsen. Und hieraus pickt man sich das Krankenhaus, um es mit rüder, oberflächlicher, unsachlicher Kritik zu überschütten. Und man muß sich fragen, das wäre meine erste Frage: (1) hat das Krankenhaus, hat das konfessionelle Krankenhaus überhaupt noch eine Chance? Danach (2) ist zu fragen, welche Chance und welche Aufgabe es hat, und zuletzt (3) noch zu fragen, welche Chance und Aufgaben die Konfession, besser die Kirche oder die Kirchen im konfessionellen Krankenhaus haben.

1. Hat das konfessionelle Krankenhaus eine Chance?

Zuvor einige Hintergrundinformationen.

1.1 Klinikbettendichte

Beim internationalen Vergleich der Industrienationen liegt Schweden mit 149 Betten auf 10 000 Einwohner an der Spitze, gefolgt von Finnland und Japan. An vierter Stelle die Bundesrepublik mit 114 Betten, dann kommen Sowjetunion, DDR und Österreich mit 109 Betten. Die USA bieten nur 81 Betten auf 10 000 Einwohner.

1.2 Kliniken und Klinikbetten

In der Bundesrepublik einschließlich West-Berlin haben wir ca. 3 600 Krankenhäuser mit ca. 700 000 Betten. Hiervon sind ca. 1 200 (= 33 %) konfessionell (Verhältnis katholisch zu evangelisch 2:1), das sind ca. 240 000 Betten (= 33 %). Genaue Zahlen lassen sich nicht geben, da durch das Krankenhausfinanzierungsgesetz Krankenhäuser geschlossen wurden und nicht wenige sogar kaputt gegangen sind.

1.3 Krankenhauskosten

Im Jahre 1974 wurden von Bund, Ländern und Gemeinden 3 Milliarden DM für Investitionen im Krankenhaus ausgegeben. Im Jahre 1973 brachten die gesetzlichen Krankenkassen 34 Milliarden DM auf. Für 1980 sind 80 Milliarden DM geschätzt. Ein Drittel dieser Kosten machen die Pflegekosten aus. Dazu ein Beispiel: Die AOK Marburg mußte eine Kostensteigerung von 100 % der Marburger Universitätsklinik in den letzten zwei Jahren hinnehmen. Das Selbstkostenblatt des Universitätsklinikums Marburg wies für 1974 als Bruttoselbstkosten pro Pflege-tag 293,- DM aus. Noch krasser: Als erste hessische Krankenkasse hat die AOK Wetzlar Konkurs angemeldet. Wenn es nicht so ernst wäre, könnte es belustigen: Ein Pflege-tag im ev. Krankenhaus Mülheim kostete 1950 5,50 DM, 1960 17,- DM, 1970 40,90 DM, 1974 122,20 DM. Die Personalkosten lagen 1950 bei 375 000,- DM, 1974 bei 15 Millionen DM. Dazu aber die Information: Das Mitarbeiter/Patientenverhältnis lag 1950 bei 0,44 : 1 und 1973 bei 1,1 : 1.

1.4 Polemische Kritik

Die Kampagne gegen das konfessionelle Krankenhaus, das freigeinnützige, wurde von dem Magazin „Der Spiegel“ (7. Dezember 1970) eröffnet. Als Endziel aller Reformen wurde der „Zentrale Dirigismus im Krankenhaus“ und die „Vergesellschaftung des Gesundheitswesens“ erklärt.

Kurz zuvor (9. und 10. Juli 1970, Arbeitstagung der IG-Metall in Hannover) erklärte das IG-Metall-Vorstandsmitglied Radke als Reformziel die Verstaatlichung des Gesundheitswesens.

Finstere Machenschaften wittert der Präsident der Ärztekammer Nordrhein, der den Krankenhausverwaltungen unterstellt, die Verweildauer der Patienten gegen deren Willen künstlich über das Wochenende zu verlängern.

Und in den Reihen der konfessionellen Krankenhäuser hört man immer wieder den Verdacht: Durch

das Krankenhausfinanzierungsge-
setz droht die stille Liquidierung
der konfessionellen Krankenhäuser.

Prinzipielle Kritik kommt aber
auch von innen: Bei einem evange-
lisch-katholischen Publizistentreffen
in der evangelischen Akademie
Arnoldshain im Mai 1972 ging es
um das Thema „Die Kirche und ihr
Geld“. Dabei wurde gefordert, Pri-
oritäten zu setzen und das konfes-
sionelle Krankenhaus als unzeit-
gemäß und entbehrliches Engage-
ment der Kirche im Bereich der
Diakonie bezeichnet. Es sei nur
noch Besitzstandswahrung diako-
nischer Bürokraten. Mittel und Mit-
arbeiter sollen anderen, notwendi-
geren Aufgaben zugeführt werden.

1.5 Gedanken zu dieser Kritik

Bei einer Vergesellschaftung ist
zu fragen, wie der Staat es schaf-
fen will, 1 200 Krankenhäuser bzw.
240 000 Krankenhausbetten zusätz-
lich zu stellen. Bundesregierung,
Kommunen und Sozialversicherun-
gen sehen (noch) eine bedarfs-
gerechte Gliederung eines lei-
stungsfähigen Krankenhaussystems
ohne die Mitwirkung freigemein-
nütziger Träger gefährdet. Das sind
keine Höflichkeitsfloskeln. Die
Frage, ob man konfessionelle Kran-
kenhäuser brauche oder nicht, ist
eine rein theoretische.

Mit der Verstaatlichung den
Kostenauftrieb im Krankenhaus in
den Griff zu bekommen, ist eine
auf dem Boden der Ideologie ge-
wachsene Frucht. Alle wirtschaft-
lichen Erfahrungen sprechen dage-
gen. Im Gegenteil! Die Statistik
zeigt, daß konfessionelle Kranken-
häuser billiger arbeiten. Ein Ärzte-
blatt schrieb in einem Bericht über
eine Pressefahrt durch Institutionen
der freien Wohlfahrtspflege: „Eines
wurde auf der Informationsfahrt
deutlich: Die freien Verbände sind
keineswegs immer nur die armen
Verwandten der staatlichen Träger
der Sozialhilfe; was den finanziel-
len Spielraum betrifft, so mag das
zwar leider (!) richtig sein; an
Ideenreichtum und Einsatzfreudig-
keit jedoch (um größere Worte zu
vermeiden) können sich die Ge-
meinnützigen mit dem Staat nicht
messen, sie leisten sogar oft Pio-
nierarbeit.“

Zur unrechtmäßig verlängerten
Verweildauer der Patienten durch
die Krankenhäuser: Es gibt kein
Krankenhaus, in dem die Verwal-

tung über die Entlassung von Pa-
tienten entscheidet. Das ist Sache
der Ärzte. Das weiß jeder!

Zum Krankenhausfinanzungs-
gesetz: Der erklärte Wille des Kran-
kenhausfinanzierungsgesetzes ist:
den Krankenhäusern zu helfen und
zwar allein! Als Leiter des Theodor-
Fliedner-Werkes habe ich über ein
Jahr gute Erfahrungen damit ge-
macht.

Und zur inneren Kritik: Es ist
schlicht eine Illusion zu meinen, der
Rückzug der Kirchen von den Kran-
kenhäusern würde Geldmittel und
Mitarbeiter freisetzen. An Mitteln
fließen max. 5% der Kirchensteuern
in die Krankenhäuser. Das Haupt-
kapital der konfessionellen Kran-
kenhäuser, die Mitarbeiter, die
Ärzte, Schwestern und das medizi-
nal-technische Personal, ist nicht
frei verfügbar, das sind doch keine
Leibeigenen, die man „anderen,
notwendigeren Aufgaben“ so ein-
fach „zuführen“ kann. Beim Wech-
sel der Trägerschaft werden sie
doch im Krankenhausbereich zum
überwiegenden Teil bleiben.

2. Chance und Aufgabe des kon- fessionellen Krankenhauses

Die Frage nach der Chance des
konfessionellen Krankenhauses
muß noch beantwortet werden, wo-
bei nun präzise die Chance und die
Aufgabe beschrieben werden muß.

2.1 Kostenexplosion

Eine echte Chance für das kon-
fessionelle Krankenhaus besteht in
der Bekämpfung der Krankenhaus-
kostenexplosion. Sie besteht darin,
daß die Krankenhausverwaltung
unbehördlich vorgeht, daß sie das
Krankenhaus unbürokratisch-kauf-
männisch kalkulieren und managen
kann. Hier sind Experimente mög-
lich. Dazu müßte eine Verbundwirt-
schaft mit anderen konfessionellen
Krankenhäusern möglich sein, da-
bei denke ich an den Wirtschafts-
und Schulsektor, an gegenseitige
Hilfe bei Belegungsschwierigkeiten,
gemeinsamen Einkauf, gemeinsame
Benutzung von Rechenzentren.

Ich bin einigermaßen sicher, daß
die „Diktatur der leeren Kassen“
die Revisions-, Kooperations- und
Fusionsfreudigkeit beflügeln wird.
Ein Grund zur Hoffnung, wenn auch
kein sehr rühmlicher.

2.2 Vertrauenskapital

Eine Chance für das konfession-
elle Krankenhaus besteht in einer
Zeit des permanenten Mißtrauens
in dem doch erheblichen Vertrau-
enskapital in der Bevölkerung. Das
ist natürlich immer auch gleich die
Aufgabe, das Kapital nicht zu ver-
schleudern. Aber dieses Vertrauen
wird es uns leichter machen, zu
einem engen Kontakt zwischen
Arzt, Schwester und Patienten zu
kommen, wird deshalb auch Heil-
prozesse erleichtern, wird – was in
unserer Kultur zu wenig beachtet
wird – zu einem Verhältnis zwi-
schen Angehörigen und Klinik füh-
ren.

2.3 Atmosphäre

K. Elsholz schreibt in seinem
Buch „Krankenhäuser, Stiefkinder
der Wohlstandsgesellschaft“ von
den konfessionellen Krankenhäu-
sern: „Der in diesen Häusern wir-
kenden religiösen, geistlich-psycho-
logischen Atmosphäre kommt real-
politische Bedeutung zu; sie dürfte
sich mit den Zielen der psycho-
somatischen Medizin teilweise
decken.“

2.4 Bildungsauftrag

Eine große Chance besteht in
den Schulen und Seminaren der
Krankenhäuser. Hier kann über das
schulische hinaus ein Bildungs- und
Erziehungsauftrag wahrgenommen
werden.

2.5 Krankenhaushilfe

Aus der Verbundenheit mit der
Kirchengemeinde lassen sich z. B.
durch eine Frauenhilfe organisie-
ren: Verkaufsstände, Lotsendienst
für Patienten und Besucher, Be-
suchsdienst für einsame Patienten,
Botengänge für Patienten, Blumen-
beschaffung und -pflege, die Kran-
kenhausbibliotheksausleihe.

2.6 Zielvorstellung

2.6.1 Aus den Chancen und Auf-
gaben lassen sich unter anderem
folgende Zielvorstellungen gleich-
sam als Zusammenfassung formu-
lieren: Die Krankenhausleitung muß
den Kontakt zur Kirchengemeinde
suchen, stärken, pflegen. Sie muß
im Angebot von Seelsorge, Verkün-
digung und Fortbildung in Be-
zug auf Mitarbeiter offen sein, sie
muß den Mitarbeitern Freiraum für
die Entfaltung einer Dienstgemein-
schaft schaffen.

2.6.2 Die Krankenhausmitarbeiter
verstehen sich als Dienstgemein-
schaft, durch den Glauben zum

Dienst am Kranken gewiesen, durch den Glauben zur Gemeinschaft berufen.

2.6.3 Der Patient bekommt eine medizinisch-fachlich optimale Versorgung, dazu eine seelsorgliche. Er bekommt in Wort und Tat die Liebe Christi bezeugt.

3. Chance und Aufgabe der Kirche im konfessionellen Krankenhaus

3.1 Diakonie

Kirche ereignet sich in drei Dimensionen: Im Zeugnis (martyria), im Dienst (diakonia) und in der Gemeinschaft (koinonia). Keine dieser Dimensionen darf fehlen, wenn man nicht alles riskieren will. Es steht also nicht im Belieben der Kirche, Diakonie zu üben oder nicht. Zur Diakonie aber gehört unabdingbar die Pflege der Kranken. Deshalb sind konfessionelle

Krankenhäuser die institutionelle Seite dieses im Evangelium begründeten Zusammenhangs.

3.2 Fernstenliebe – Nächstenliebe

Die moderne Kirche investiert viel in der Fernstenliebe (Brot für die Welt, Unterstützung militanter, revolutionärer Bewegungen in der Dritten Welt, sogenannter „Befreiungsbewegungen“). Fernstenliebe kann Flucht vor der Nächstenliebe sein. Das konfessionelle Krankenhaus wird, so lange es besteht, die Kirche zur Nächstenliebe ermahnen und das tut ihr gut.

3.3 Haus auf der Grenze

Der Klinik kommt in der Gesellschaft wachsende Bedeutung zu, weil sie von der Geburt bis zum Sterben in Anspruch genommen wird.

Bei Geburt und Sterben hat die Kirche ihr Evangelium zu verkündigen, Lebens- und Sterbehilfe zu geben.

Bei den im Krankbett ausgetragenen menschlichen Krisen hat die Kirche den Patienten zu begleiten.

Bei dem Kranken, der meist erst im Krankenhaus zur Ruhe kommt, hat sie einen seelsorgerlichen Auftrag.

3.4 Zielvorstellungen

Lassen Sie mich mit einer Zielprojektion schließen.

Es war schon immer die vornehmste Aufgabe der Kirche, für die einzustehen, die zu schwach sind für sich selbst zu sprechen.

Im Krankenhaus heißt das, sich akzentuiert einzusetzen für

- die chronisch Kranken,
- die psychisch Kranken,
- die Suchtkranken,
- die Alterskranken,
- die Langzeitkranken,
- die Sterbenskranken.

Für diese Kranken Häuser zu schaffen, in denen sie angenommen werden, sich geborgen fühlen und auf ihrem letzten Weg nicht einsam und verlassen sind, scheint mir eine genuin kirchliche Aufgabe zu sein.

Neunzehn Theologen schrieben an den EAK

Nachfolgend geben wir Ihnen Kenntnis des vollen Wortlautes des offenen – von neunzehn Theologen unterzeichneten – Briefes an die Teilnehmer der 20. Bundestagung des EAK.

Gleichzeitig finden Sie die Antwort des EAK mit der Bitte, diese insbesondere dort zu verbreiten, wo der „Brief der Neunzehn“ gedruckt oder diskutiert wurde.

Offener Brief an den EAK

Sehr geehrte Damen und Herren!

Aus Anlaß Ihrer 20. Bundestagung, zu der die meisten von uns als Pfarrer der Evangelischen Landeskirche in Württemberg zusammen mit anderen kirchlichen Persönlichkeiten eingeladen worden sind, wenden wir uns an Sie.

Unabhängig vom eigenen politischen Standort protestieren wir gegen die demagogischen Wahlparolen der CDU in Baden-Württemberg

unter Führung von Dr. Hans Filbinger. Vom CDU-Parteitag in Sindelfingen bis zu den laufenden Großanzeigen in den Zeitungen unseres Landes wird der demokratische Sozialismus in Gegensatz zur Freiheit gesetzt.

Keine der demokratischen Parteien hat das Recht, einen Alleinvertretungsanspruch auf die Grundwerte unserer Verfassung zu erheben, der die übrigen Parteien ausschließt.

Wer das tut, setzt sich selbst dem dringenden Verdacht totalitärer Gesinnung aus und macht

sein eigenes Bekenntnis zur Freiheit unglaubwürdig.

Für die Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU haben Sie das Motto gewählt: In Glaube und Freiheit verpflichtet.

Christlicher Glaube verpflichtet zur Freiheit

und sagt NEIN zum Anspruch einer „alleinseligmachenden“ Partei.

Christlicher Glaube verpflichtet zur Redlichkeit im Wettstreit um den Wählerauftrag

und sagt NEIN zur Täuschung der Bevölkerung mit demagogischen Parolen.

Christlicher Glaube verpflichtet zur Toleranz und sagt NEIN zur Verteufelung des Gegners.

Christlicher Glaube verpflichtet zu mutigen Anstrengungen bei der Lösung von anstehenden Aufgaben und sagt NEIN zu dem Geschäft mit der Angst der Menschen.

Christlicher Glaube verpflichtet zur Weckung der Gewissen für solidarische Verantwortung angesichts von Hunger und Armut in der Welt und sagt NEIN zu dem gewissenlosen Appell an den kurzfristigen Eigennutz der Besitzenden.

Die Wahlkämpfe in unserem Land dürfen nicht länger zu bedenkenlosen Verführungskampagnen entarten.

Die Zeit wird immer knapper, in der wir lernen können, daß wir alle aufeinander angewiesen sind.

Die Aufgaben, von denen unser aller Zukunft abhängt, können in

einem Klima der Verketzerung des Gegners nicht gelöst werden.

Die willkürliche Zerstörung des demokratischen Grundvertrauens muß sich zum Schaden aller auswirken, auch zum Schaden der dafür Verantwortlichen.

Wir appellieren daher eindringlich an Sie, sich von den falschen Alternativen zu distanzieren und auf sachliche Auseinandersetzung im Wahlkampf hinzuwirken.

Mit freundlichen Grüßen

Jobst Conrad, Pfarrer Korntal
Hans Guthier, Pfarrer i. R., Korntal
Eugen Stöffler, Dekan, Leonberg
Gerhard Wessler, Pfarrer und Generalsekretär der Ev. Akademikerschaft in Deutschland, Stuttgart
Helmut Aichelin, Pfarrer Stuttgart
Horst Bannach, Pfarrer und Verleger, Stuttgart

Albrecht Binetsch, Pfarrer, Ulm-Wiblingen
Rudolf Daur, Pfarrer i. R., Stuttgart
Manfred Fischer, Pfarrer, Stuttgart-Hohenheim
Werner Frank, Pfarrer, Evang. Männerwerk, Stuttgart
Karl Hartmann, Dekan, Sulz
Diether Hermann, Dekan, Stuttgart-Degerloch
Frieder Mörike, Landesjugendpfarrer, Korntal
Dr. Jürgen Moltmann, Professor, Tübingen
Dr. Ludwig Raiser, Professor, Tübingen
Hermann Schäuuffele, Pfarrer, Stuttgart
Walter Schlenker, Dekan, Tuttlingen
Christian Tröbst, Pfarrer, Reichenbach/Fils
Gotthilf Weber, Dekan i. R., Fellbach

EAK-Antwort

Sehr geehrte Herren!

Leider ist es uns erst nach Abschluß der 20. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU möglich, Ihnen an die Tagungsteilnehmer gerichteten Offenen Brief zu beantworten.

Mit besonderer Aufmerksamkeit haben wir Ihr Schreiben zur Kenntnis genommen. Wir sind mit Ihnen der Ansicht, daß die wichtigen Fragen, von denen die Gestaltung unserer Zukunft abhängig ist, nur durch einen Konsens aller demokratischen Kräfte beantwortet und gelöst werden können. Mit Ihnen wollen wir alle am Wahlkampf Beteiligten an ihre Pflicht erinnern, fair miteinander umzugehen.

Wir stimmen mit Ihnen überein, daß es weder einen Alleinvertretungsanspruch auf die Grundwerte unserer Verfassung noch eine alleinseligmachende Partei gibt. Auf der anderen Seite aber sehen wir, daß Parteien oder zumindest gewisse Gruppierungen in ihnen durchaus in die Gefahr geraten können, Teile unserer Verfassung als nicht mehr verpflichtend anzuerkennen. Daher muß es einer demokratischen Partei erlaubt sein, Konkurrenzparteien auf die Übereinstimmung ihrer politischen Praxis mit den Grundwerten der Verfassung zu befragen und auf drohende Abweichungen hinzuweisen. Wir können nicht sehen, inwiefern

das etwa eine Verteufelung des politischen Gegners sein sollte.

Auch wir stehen zur Redlichkeit im Wettstreit um den Wählerauftrag, doch warnen wir gleichzeitig vor einer psychologischen Wahlkampfführung, deren Inhalt nicht mehr mit den wirklichen politischen Gegebenheiten übereinstimmt. Gerade im Bereich der gesamtdeutschen Politik sind viele von uns ausgegangene Mahnungen nicht beachtet worden; die Ereignisse der letzten Tage bestätigen leider unsere damaligen Befürchtungen.

Aber auch bei den wichtigen Fragen der Wirtschaftspolitik – um ein zweites und zugleich letztes Beispiel anzuführen – hat der politische Gegner in den Landtagswahlkämpfen des vergangenen Jahres die Wahrheit verschwiegen und leichtfertig bei dem Wähler Hoffnungen erzeugt, deren Enttäuschungen heute um so schwerer wiegen. Wir halten es für unsere Pflicht, hierauf hinzuweisen und können darin auch kein „Geschäft mit der Angst der Menschen“ erblicken; denn politische Redlichkeit verpflichtet auch zur Erinnerung, um Wahlkampfaußage und tatsächliche Gegebenheit abzuwägen.

Wir fürchten allerdings, daß dies in unserer schnellebigen Zeit oft allzu oberflächlich geschieht. Wenn es uns jedoch ernst ist mit unserem politischen Auftrag und um

unser Handeln aus Verantwortung, so müssen wir auch bereit sein, originäre Informationen zu sammeln und zu analysieren.

Daß in der Wahlkampfarena mitunter auch harte Worte fallen – keine Partei wird sich, wenn sie ehrlich gegen sich selbst ist, hiervon ausschließen können. Entscheidend ist jedoch, daß die politische Zusammenarbeit zwischen den demokratischen Parteien zu jeder Zeit und im Rahmen einer jeden Koalition möglich sein muß.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU hat im Rahmen seiner 20. Bundestagung in Stuttgart besonderen Nachdruck auf den Dialog – auch mit politisch Andersdenkenden – gelegt; Polemik hatte bei diesem Gespräch keinen Platz. Eigentlich schade, daß keiner der 19 Unterzeichner des Offenen Briefes anwesend war, denn die hierdurch erfolgte Information hätte gezeigt, daß wesentliche Passagen des Offenen Briefes durch den Geist der Tagung überflüssig geworden wären.

Mit freundlichen Grüßen

gez.: Dr. Gerhard Schröder, MdB
(Vorsitzender)

Dr. Werner Dollinger, MdB
Prof. D. Wilhelm Hahn, MdL
Kai-Uwe von Hassel, MdB
Prof. Dr. Roman Herzog
(stellv. Vorsitzende)

Aus unserer Arbeit

Erziehung zur Gemeinschaftsfähigkeit

Lübeck: Der Evangelische Arbeitskreis in der CDU hatte zu einem Vortragsabend mit der bekannten Psychagogin Christa Meves eingeladen. Die Autorin zahlreicher, aktuellen Erziehungsproblemen gewidmeter Bücher, hatte sich dieses Mal die Schule in ihren Wechselbeziehungen Gesellschaft – Kind – Eltern zum Thema gesetzt. Daß die zahlreichen Schulreformen nicht alle Erwartungen erfüllt haben, beweist die Tatsache, daß die Zahl der Legastheniker sowie die Zahl der ohne Hauptschulabschluß abgehenden Schüler sich verhältnismäßig stark erhöht hat. Die vielfältigen Ursachen wurden von der Autorin in von wirklichem Engagement getragenen Ausführungen aufgezeigt.

Eine fehlende Bezugsperson in den ersten Lebensjahren hinterläßt nach gefestigten psychologischen Erfahrungen tiefe Spuren im Kind, und läßt es sich gegen Sozialisierungsbestrebungen ablehnend verhalten. Die geplante obligatorische Vorschule für Fünfjährige ist nach den Worten Christa Meves' nur ideologisch, jedoch auf Grund des unterschiedlichen Entwicklungsstan-

des des einzelnen Kindes nicht empirisch oder wissenschaftlich zu begründen.

Auch die modern eingerichtete Zentralschule hat zahlreiche neue Probleme gebracht, sei es auf Grund langer Fahrzeiten, sei es durch die große Zahl der Schüler (Vermassung), die einer individuellen Entwicklung der 6–10jährigen zuwiderläuft. Kinder in den ersten Schuljahren brauchen wie im Elternhaus eine kleine überschaubare Gruppe mit einer Bezugsperson, um die geistigen und musisch-künstlerischen Fähigkeiten voll entfalten zu können. Es vermittele der alle Fächer vertretende Klassenlehrer mehr Lern- und Erziehungswilligkeit als der stets wechselnde Fachlehrer. Selbst in dem gewohnten Klassenraum, ja der „eigenen“ Bank sieht Christa Meves einen Haltepunkt für das in die Gemeinschaft eintretende Kind. Vermassung bereits im Grundschulalter führt nicht zur Gemeinschaftsfähigkeit, sondern fördert eher Aggression und Egoismus.

Eine ausgesprochen negative Bewertung erfuhr die wiederum ideologisch begründete Konfliktpädagogik. Ein zu frühzeitiges Hineindrängen des Jugendlichen in die Rolle des Erwachsenen als Kontrolle des Erziehers führe in letzter Konsequenz zur Verneinung jeg-

licher Erziehung als unannehmbare Form der Repression. So zieht sich der Erzieher in die Rolle des Wissensvermittlers zurück. Der sich selbst überlassene Jugendliche gleitet infolge mangelnder Gemeinschaftsfähigkeit und der Unfähigkeit, Frustrationen zu verarbeiten nur zu leicht in absolute Negation der Gemeinschaft, Aggression, ja letztlich in die völlige Isolation der Alkohol- und Drogenszene ab. Es ist tragisch wie grotesk, daß trotz dieser Erkenntnisse die Konfliktpädagogik noch verstärkt wird.

Christa Meves wies die Eltern auf ihre Mitwirkungsmöglichkeiten hin. So hätten in Niedersachsen Eltern die Schulbücher mit eindeutig tendenziösem, die Konfliktpädagogik unterstützenden Charakter, einbehalten, bis diese gegen andere ausgewechselt wurden.

Einen weiteren Silberstreifen sieht Christa Meves in der von oben eingeleiteten Neubesinnung der Schulerziehung, die ihren Niederschlag in den Richtlinien des Stuttgarter Kultusministeriums gefunden hat. Diese sehen neben der stärkeren Betonung musisch-künstlerischer sowie handwerklicher Fähigkeiten nicht die Chancengleichheit vor, sondern die Verringerung der Chancenungleichheit im Rahmen des dem Menschen Möglichen.

Neuer EAK-Bundesvorstand

Auf der am 5. März 76 stattgefundenen Sitzung des Bundesarbeitskreises wählten die Delegierten den neuen EAK-Bundesvorstand.

Er setzt sich zusammen aus:

1. Vorsitzender:

Dr. Gerhard Schröder, MdB

stellv. Vorsitzende:

Dr. Werner Dollinger, MdB

Prof. Dr. Wilhelm Hahn, MdL

Kai-Uwe von Hassel, MdB

Prof. Dr. Roman Herzog

Beisitzer:

Dr. Ursula Besser, MdB Berlin

Dr. Philipp von Bismarck, MdB

Hans-Adolf de Terra, MdB

Dr. Gerd Langguth

Karl-Heinz Lemmrich, MdB

Albrecht Martin, MdL

Dr. Gottfried Mehnert

Inge Steimann

Friedrich Vogel, MdB

Dr. Richard Freiherr v. Weizsäcker, MdB

Waltrud Will-Feld, MdB

Dr. Manfred Wörner, MdB

Für Fairneß und Verantwortung

Der am 5. März 1976 in Stuttgart neu gewählte Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU trat Anfang April in Bonn unter Leitung seines Vorsit-

zenden Dr. Gerhard Schröder, MdB, zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.

Der Vorstand faßte dabei den Beschluß, am 17. Deutschen Evangelischen Kirchentag, der im Juni '77 in Berlin stattfindet, wieder engagiert teilzunehmen; die Präsenz des Evangelischen Arbeitskreises solle deutlich – wie bei den vorhergehenden Kirchentagen in Stuttgart, Düsseldorf und Frankfurt – zur Geltung gebracht werden.

Hinsichtlich des bevorstehenden Wahlkampfes bat der Arbeitskreis alle hieran Beteiligten, die Grenzen der politischen Fairneß nicht zu überschreiten und für das gemeinsame verantwortungsbewußte Gespräch am Tage nach der Wahl offen zu bleiben.

20. EAK-Bundestagung im Rückblick

Peter Egen

Die 20. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, die vom 5. bis 7. März unter dem Leitthema „In Glaube und Freiheit verpflichtet“ in der Stuttgarter Liederhalle stattfand, war ein deutlicher Beweis für den ungebrochenen Willen dieses Arbeitskreises, zu den wichtigen Fragen unserer Zeit Sachaussagen zu treffen, die an Kraft weit über den aktualisierten tagespolitischen Rahmen hinausgehen.

Das Leitthema war gleichzeitig die Überschrift zweier Referate zu Beginn der Tagung, die von dem Berliner Theologen Prof. Dr. Walter Schmithals und dem CDU-Politiker, dem Bundestagsabgeordneten Dr. Richard von Weizsäcker gehalten wurden. In beiden Vorträgen ging es um die grundsätzliche Frage, inwieweit wir als politisch engagierte Christen uns den Anforderungen unserer Zeit stellen müssen. Dabei setzte sich Richard von Weizsäcker kritisch mit dem Anspruch auseinander, der uns zur politischen Arbeit unter das „C“ gerufen hat; und seine Aussage, daß der christliche Glaube uns jenes Verständnis vom Menschen gibt, auf dem unsere Politik aufbaut, fand ungeteilten Beifall. Über die Frage nach der Richtigkeit der Grundwerte kam von Weizsäcker auch zur Auseinandersetzung mit Erhard Eppler, wobei er sich dagegen verwahrte, wenn Grundwerte nur durch eine Partei beansprucht werden – denn hier müsse es wohl so sein, daß die Bindung an Grundwerte parteipolitisches Handeln für die gemeinsamen Aufgaben im Staat zu öffnen habe.

Zuvor hatte Schmithals den marxistischen Glauben an den Menschen als einen Irrglauben bezeichnet und darauf hingewiesen, daß die betrübliche Praxis der unter Berufung auf das Menschenbild der Marxschen Philosophie sozialisierten Staaten nicht etwa eine Fehlentwicklung, sondern die Entwicklung des Sozialismus schlechthin darstellt. Für Schmithals bedurfte es keiner Frage, daß das anthropologische Fundament des Marxismus den Christen nicht nur in

seinem Glauben, sondern auch in seiner Politik in ständige Konfrontation mit dem marxistischen Sozialismus treiben muß.

Die beiden Hauptvorträge hatten – wie es Kai-Uwe von Hassel bei der Eröffnung der Tagung vor den nahezu 800 Teilnehmern formulierte – mit die Aufgabe, die Grundlage für die Diskussion in den 4 Arbeitskreisen der Tagung zu legen, die sich mit Europa, der neuen sozialen Frage, unserer Wirtschaftspolitik sowie den Problemen von Erziehung und Bildung beschäftigten. Allein ein Blick auf die personelle Besetzung der Arbeitskreise machte deutlich, daß der Evangelische Arbeitskreis auf ökumenische Sachaussagen und nicht auf konfessionelles Handeln eingestellt ist. Auch nicht parteipolitische Polemik, sondern die An-

Unser Autoren:

Dr. Richard von Weizsäcker, MdB
5300 Bonn – Bundeshaus

Drs. Carl Heinz Peisker
Ltd. Direktor
des Theodor-Fließner-Werkes
4330 Mülheim (Ruhr) 13
Fließnerstraße 2

Dr. Peter Egen
5300 Bonn
Oberer Lindweg 2

regung zum Nachdenken und das Aufzeigen komplexer Sachverhalte durch Experten war das Anliegen der Unionsprotestanten, die sich 1952 bereits bundesweit zu ihrem ersten Treffen unter der Leitung von Hermann Ehlers in Siegen versammelten und seitdem den Weg des offenen Gesprächs – auch über die parteipolitischen Grenzen hinweg – konsequent verfolgen.

Daß die 20. Bundestagung sich in der Beurteilung als einer der besonderen Höhepunkte des Arbeitskreises darstellt, ist sowohl der geistigen Konzeption dieser Tagung und der dort Mitwirkenden als aber auch dem wachsenden Interesse innerhalb der Bevölkerung zuzuschreiben, die nicht nur pragma-

tische Äußerungen hören will, sondern die weiß, daß die Frage nach einer Antwort auf die zukünftige Orientierung unseres Lebens einer stärkeren und anderen Bindung und Richtung bedarf, als sie durch tagespolitische Entscheidungen angeboten wird. Die Herausforderung an uns alle, die wir wissen, daß in dieser Welt eben nicht alles machbar ist, nimmt zu. Wo immer auch denkbereite Christen diesen Fragen nachgehen, wird die Dialogfähigkeit des Evangelischen Arbeitskreises gegeben sein. Hierauf verwiesen im Rahmen der öffentlichen Schlußveranstaltung auch die Ministerpräsidenten Dr. Hans Filbinger sowie Dr. Gerhard Stoltenberg. Hans Filbinger rief seinen Zuhörern zu, daß Systemveränderung nicht das Patentrezept für die Bewältigung unserer Probleme sein könne, da es vielmehr um den Sinneswechsel der Menschen gehe, und er forderte gleichzeitig die Kirchen auf, den opportunistischen Anpassungen an den Zeitgeist zu widerstehen. Der ständige brüderliche Dialog zwischen Politikern und Vertretern der Kirche sei erforderlich und die Mitsprache der Kirchen bei den die Menschen entscheidend betreffenden Fragen der Politik unverzichtbar. Gerhard Stoltenberg forderte die Verbindung unserer Wertvorstellungen mit den konkreten politischen Zielsetzungen, wobei grundsätzliche Positionen auch der Bevölkerung draußen im Lande stärker durch die Unionsparteien dargestellt werden müßten. Als ein gefährliches Spiel bezeichnete er die Anwendung der Psychologie als Mittel der Politik, ohne gleichzeitige inhaltliche Überprüfung der politischen Sachaussagen.

Am Vorabend der Tagung hatten die Delegierten des Arbeitskreises den bisherigen Bundesvorsitzenden Dr. Gerhard Schröder in seinem Amt bestätigt. Als seine Stellvertreter wurden neu- bzw. ebenfalls wiedergewählt: Dr. Werner Dollinger, Prof. Dr. Wilhelm Hahn, Kai-Uwe von Hassel sowie Prof. Dr. Roman Herzog (siehe auch Seite 12). Im Anschluß an die Zusammenkunft der Delegierten fand vor überwiegend kirchlich-theologisch interessierten Zuhörern ein Abendgespräch zum Thema „Christliche Werte – Maximen unseres Handelns?“ statt, in das durch den Neutestamentler Prof. Dr. Günter Klein aus Münster eingeführt wurde.

Kurz notiert

17. DEKT 1977 in Berlin

Vom 8.–12. Juni 1977 findet der 17. Deutsche Evangelische Kirchentag unter dem Leitthema „Einer trage des anderen Last“ in Berlin statt.

Soweit Gruppen aus dem Bereich des Evangelischen Arbeitskreises sich am während des Kirchentages stattfindenden MARKTES DER MÖGLICHKEITEN beteiligen wollen, erbitten wir hierzu umgehende Nachricht.

Wir senden Ihnen auf Wunsch gerne das Vorbereitungsheft zu, das vom DEKT herausgegeben wurde.

Anforderung mit Postkarte genügt an: EAK-Bundesgeschäftsstelle, Oberer Lindweg 2, 5300 Bonn

Ehrung für Pastor Dannemann

Der Präsident des Christlichen Jugenddorfwerkes Deutschlands (CJD), Pastor Arnold Dannemann, hat von der Landesregierung Baden-Württemberg den Titel „Professor“ verliehen bekommen.

Damit soll die außergewöhnliche pädagogische Leistung von Arnold Dannemann geehrt werden.

Arnold Dannemann hat vor 30 Jahren das Christliche Jugenddorf-

werk Deutschlands begründet und es zum heute größten freien Ausbildungs- und Bildungswerk an der jungen Generation in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt.

Mehr als 700 000 Kinder und Jugendliche haben im Christlichen Jugenddorfwerk Deutschlands eine schulische und berufliche Lebenshilfe im Laufe der Jahre bekommen.

In 97 pädagogischen Provinzen des CJD leben ständig über 30 000 Jugendliche. Schulformen aller Art, Ausbildungsmöglichkeiten in vielen Berufen, Berufsförderungswerke und Rehabilitations-Einrichtungen sind im CJD verankert.

Viele Modelle sozialpädagogischer Art, die das CJD entwickelt hat, sind in der Jugendsozialarbeit zum Vorbild geworden.

CDU-Präsidium im Gespräch mit dem Rat der EKD

Bonn: Zu einer mehrstündigen Begegnung trafen der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und das Präsidium der CDU kürzlich beim Bevollmächtigten der EKD am Sitz der Bundesrepublik Deutschland in Bonn zusammen.

Im Mittelpunkt des Gedankenaustausches unter Leitung des CDU Vorsitzenden, Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl, standen grundsätzliche Fragen der politischen Ethik. Die Spitzengremien der CDU und der EKD wandten

sich übereinstimmend gegen die fortschreitende Polarisierung in der politischen Landschaft der Bundesrepublik. Im Blick auf den bevorstehenden Bundestagswahlkampf sprach sich der Rat der EKD gegen die Verketzerung der politischen Alternative und die Entwürdigung des politischen Gegners aus. Die Vertreter der CDU forderten die evangelische Kirche auf, weiterhin für eine Versachlichung der Wahlauseinandersetzung einzutreten und das Bewußtsein der Solidarität von Christen und Demokraten in allen Parteien zu stärken.

In der Frage der Polen-Verträge erinnerte der Rat an die Entschliebung der EKD-Synode vom November vergangenen Jahres. Er gab erneut seiner Sorge Ausdruck, daß für den Fall des Scheiterns des Vertragswerkes im Bundesrat das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den osteuropäischen Ländern schwer belastet werde. Von seiten der CDU wurde nachdrücklich betont, daß der humanitäre Aspekt und der Wille zum Frieden und zur Aussöhnung mit dem polnischen Volk von der ganzen Union voll getragen werde.

Weitere Gesprächsgegenstände bei der Begegnung zwischen dem CDU-Präsidium und dem Rat der EKD waren das Verhältnis des Bürgers zum Staat, bildungspolitische Probleme und die Frage der Beschäftigung Radikaler im öffentlichen Dienst.

Am folgenden Tag führte der Rat der EKD Gespräche mit führenden Repräsentanten von FDP und SPD.

Gegendarstellung

Zu: M. Hölscher, Evangelische Studentengemeinde Köln – Einseitigkeit und ihre Folgen, Ev. Verantwortung 10–11/75, S. 13 ff.

1. Hölscher zitiert aus D. Sölle/K. Schmidt (Hg.), Christentum und Sozialismus, Stuttgart 1974, S. 11. Unrichtig ist die Zitierung, daß „zuerst der Aufstand gegen das organisierte Unrecht des Kapitalismus stattzufinden“ habe, bevor Versöhnung möglich werde. Die Versöhnungsfrage war in diesem unmittelbaren Kontext gar nicht gestellt. Richtig heißt das Zitat vielmehr: „Die Botschaft von der Auferstehung führt... zum Aufstand gegen das Unrecht... das heißt

für uns primär: Aufstand gegen das organisierte Unrecht des Kapitalismus“ (Unterstreichungen nicht im Original).

2. Unrichtig ist Hölschers Behauptung: „Die Versöhnung wird bei dieser Botschaft auf den Zeitpunkt verschoben, an dem der

Auf Grund der Vorschriften des nordrhein-westfälischen Pressegesetzes sind wir zum Abdruck einer Gegendarstellung – unabhängig von ihrer Richtigkeit – verpflichtet.

Kampf für ein ‚gerechtes Gesellschaftssystem‘, welches dem sozialistischen Modell gleicht, beendet ist.“ Nirgendwo haben die Autoren behauptet, es gäbe ein „gerechtes Gesellschaftssystem“ oder eine Zeit,

in der der Kampf darum beendet sein könne. Sie schreiben vielmehr a. a. O.: „Je kompromißloser sich die Christen an diesem ‚Kampf von unten‘ beteiligen, desto deutlicher und überzeugender können sie ihre Stimme dann erheben, wenn im sozialistischen Machtbereich Völker oder einzelne Unrecht erleiden.“

Richtig ist ferner, daß sich Sölle/Schmidt gegen jede Versöhnung mit ungerechten Zuständen aussprechen, nicht aber gegen **jederzeitige** Versöhnung im zwischenmenschlichen Bereich und zwischen den Völkern. Und sie zitieren Georges Casalis a. a. O.: „Damit Versöhnung herrscht in dieser Welt, müssen zunächst Gerechtigkeit und Befreiung geschaffen werden.“

Prof. Dr. Dorothee Sölle
Klaus Schmidt

Die Welt der Behinderten

Wenn jetzt die heißen Sommertage nahen und zu unbekümmerter Lebenslust einladen, denken wir noch weniger als sonst an diejenigen, die wegen ihrer Behinderung nicht mithalten können. Vielen ist es verwehrt zu wandern, Sport zu treiben oder auch nur leichte Kleidung zu tragen; manche sind auch zu scheu geworden, um sich unter die Nichtbehinderten zu mischen. Und doch muß der gesunde Mensch immer wieder mit Erstaunen feststellen, mit welcher Gelassenheit und Fröhlichkeit diese Mitbürger ihr Schicksal meistern, obwohl sie oft genug Grund hätten, die Unaufmerksamkeit und Rücksichtslosigkeit ihrer Mitmenschen zu beanstanden.

Der Erforschung der Probleme der Behinderten, der Gewinnung neuer Erkenntnisse und dem Suchen nach praktikablen Lösungen diente eine Tagung der Studiengruppe „Gesellschaftliche Diakonie“ im Evangelischen Bundesarbeitskreis der CDU/CSU unter Leitung von Pastor Werner Heimer, Wuppertal. Auf Einladung des Saarbrücker CDU-Bundestagsabgeordneten Kurt Thürk, der gleichzeitig auch Vorsitzender des EAK-Saarland ist, besichtigte die Studiengruppe am 7./8. Mai 1976 eine Reihe teils eingerichteter, teils in der Entstehung begriffener Behinderteneinrichtungen im Saarland. An der Tagung nahmen neben den Mitgliedern der Studiengruppe auch der Bundesgeschäftsführer des EAK Dr. Peter Egen, die regionalen Kreisvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises Hans Georg Borchers und Alfred Wulff sowie mehrere Mitglieder des EAK-Landesvorstandes Saar teil.

Erstes Besichtigungsobjekt war die Reha-Druckerei in der City von Saarbrücken, Gerberstraße, wo der Vorsitzende, Herr Hermann, die Gäste aus allen Teilen der Bundesrepublik sehr herzlich begrüßte. Er wies darauf hin, daß hier Spastiker, auf deren Rehabilitation sich der Verein spezialisiert hat, unter der Leitung des Facharztes Dr. Oelkers und sachkundiger Meister von der Visitenkarte bis zum mehrfarbigen Ankündigungsplakat zu marktgerechten Preisen alles herstellen, was eine Akzidenzdruckerei anzubieten hat.

Nächster Besichtigungsort waren die Bübinger Werkstätten, die durch die „Lebenshilfe für das behinderte Kind“ errichtet wurden. Auf 3600 qm Fläche werden behinderte Jugendliche im Alter von 14 bis 20 Jahren zunächst auf ihre verschiedenen Begabungen und Neigungen zwanglos geprüft und dann bestimmten Arbeitsgruppen zugeteilt. Über die Altersgrenze hinaus bleiben Erwachsene in den Werkstätten beschäftigt, wenn sie für den normalen Arbeitsprozeß nicht einsetzbar sind.

Der Vorsitzende der Lebenshilfe, Robert Jeanrond, begrüßte die Gäste und führte sie in die Arbeitsweise des Unternehmens ein. Das 10-Mio.-DM-Objekt wurde u. a. mit Hilfe der Bundesanstalt für Arbeit sowie der „Aktion Sorgenkind“ und dem Saarland finanziert. 350 Jugendliche und Erwachsene werden zur Zeit hier ausgebildet; nach Erreichen eines angemessenen Ausbildungsstandes ist man bemüht, diese Menschen dann auch in die freie Wirtschaft zu vermitteln. Die besondere Schwierigkeit liegt hier darin, daß neben stark geistig Behinderten auch solche mit nur körperlichen Gebrechen tätig sind, so daß auf individuelle Behandlung größter Wert gelegt werden muß. In drei Sonderabteilungen werden Schützlinge betreut, die so stark behindert sind, daß lediglich eine einfache Beschäftigungstherapie angewandt werden kann. Robert Jeanrond wies darauf hin, daß, obwohl – wie auch in der Reha-Druckerei – Vorstand und Leitung ehrenamtlich tätig seien, eine Konkurrenzfähigkeit mit Betrieben der freien Wirtschaft nicht zu erzielen sei.

Noch ganz unter dem Eindruck dieses überwältigenden Werkes der Behindertenhilfe begab sich die Studiengruppe zu der Kindertagesstätte Kleinblittersdorf, die ebenfalls von der Lebenshilfe geleitet wird und welche die Kinder bis zum Eintritt in die Werkstätten betreut. Von der Schulleiterin, Frau Breiter, die die Kindertagesstätte zusammen mit der Sonderschule G führt, wurde die Studiengruppe in die Problematik der ersten Erziehung des Kleinkindes eingeführt. Die Schulleiterin klagte darüber, daß viele Eltern – meist aufgrund zu später Erkenntnis – die Kinder zu spät zur Kindertagesstätte bringen.

Wegen der oft schwierigen Anmarschwege für die Behinderten, meist mit öffentlichen Verkehrsmitteln, sah sich der Verein Lebenshilfe gezwungen, ein Wohnheim für die Behinderten der Werkstätten zu errichten. Das ca. 14-Mio.-DM-Objekt, in idyllischer Lage gelegen, bietet 180 behinderten Jugendlichen der Werkstätten Wohnmöglichkeit, die auf behinderte Menschen zugeschnitten ist. Kreisbaudirektor Stolpe machte auf die vielen Besonderheiten einer Behinderten-Wohnstätte aufmerksam.

Die anschließenden und am nächsten Tag fortgeführten Beratungen dienten der Vertiefung der Probleme und der Erörterung weiterer Lösungsmöglichkeiten. Bundestagsabgeordneter Kurt Thürk sagte zu, sich verstärkt der Behinderten anzunehmen; falls die vorhandenen Gesetze, insbesondere das Arbeitsförderungsgesetz, das Schwerbehindertengesetz und das BSHG nicht ausreichten, müßten diese novelliert werden. Dazu sollte die Studiengruppe Vorarbeiten leisten. Wirtschaftsprüfer Dr. Eisel wies anhand exakter Untersuchungen in einem Vortrag nach, daß die Behindertenwerkstätten wegen ihres besonderen Charakters ohne nachhaltige Finanzhilfe auf Dauer nicht existieren könnten. Da sie dem Staat jedoch erhebliche Mittel für die Unterbringung Behinderter ersparten, müsse dieser auch zusätzliche Leistungen erbringen, die sonst Heimen und Anstalten zuflossen. Wertvolle Anregungen erhielt die Studiengruppe auch von der saarländischen Ministerin für Familie, Gesundheit und Sozialordnung, Rita Waschbüsch, die sich engagiert an der Besichtigung und den Diskussionen beteiligt hatte. Dabei waren die Teilnehmer der EAK-Studiengruppe von den hervorragenden Leistungen, die im Saarland sowohl von der administrativen Seite als aber auch gerade von freien Trägern im Bereich der Behindertenhilfe erbracht werden, sichtlich beeindruckt.

Der Vorsitzende Pastor Werner Heimer und der Abgeordnete Kurt Thürk wiesen abschließend darauf hin, daß mit dieser Tagung erst ein Teil der Probleme der Behinderten angepackt worden sei. Die Studiengruppe des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU werde mit ihren Ausarbeitungen und Vorschlägen demnächst an die Öffentlichkeit treten.

Aus den Tagungsprogrammen der Akademien

Evangelische Akademie Arnoldshain
6381 Arnoldshain (Taunus)

4. bis 7. Juni 1976

XIV. Ökumenische Pfingsttagung

13. Juni 1976

Tag der Offenen Tür

Evangelische Akademie Bad Boll
7325 Bad Boll/üb. Göppingen

11. bis 13. Juni 1976

Werbung für Waren — Manipulation der Bedürfnisse?

21. bis 25. Juni 1976

Der deutsche Mitarbeiter im Gastland.

— Intensivkurs zur Vorbereitung von Fach- und Führungskräften und ihrer Ehepartner für den Einsatz in Übersee.

Evangelische Akademie Baden
Blumenstraße 7, 7500 Karlsruhe 1

14. bis 16. Juni 1976

(in Bad Herrenalb)

Konflikte im Gesundheitswesen und Krankenhausystem.

— Tagung für Krankenschwestern, Pflegepersonal, Personalräte, Verwaltung, Ärzte und Patienten.

Evangelische Akademie Hamburg
Esplanade 15/16, 2000 Hamburg 36

14. bis 20. Juni 1976

(in Bad Segeberg)

Projektarbeit „Straßentheater“ gemeinsam mit dem Deutschen Bühnenverein.

Evangelische Akademie
Kurhessen-Waldeck

Schlößchen Schönburg

3520 Hofgeismar

28. bis 30. Mai 1976

Bonhoeffer: noch aktuell?

— Religionslosigkeit oder Religiosität?

Politisch-soziale Praxis des Christen.

Möglichkeit und Sinn christlichen Denkens.

11. bis 13. Juni 1976

Kind und Gesellschaft.

— Bedürfnisse im frühen Kindesalter.

Warum sind Kinder schwierig?

Folgerungen für Familie und Umwelt.

Evangelische Akademie Loccum
3055 Loccum/üb. Wunstorf

28. bis 30. Mai 1976

Wohnformen der Zukunft — Loccumer Städtebautagung 1976.

— Ausgehend von der Diskussion um Wohngemeinschaften sollen Notwendigkeit und Brauchbarkeit alternativer Wohnformen erfragt und diskutiert werden.

31. Mai bis 4. Juni 1976

Jugendbildungskurs

4. bis 7. Juni 1976

Pfingsten — Fest der Zukunft im Zeichen des Kreuzes.

Evangelische Akademie Oldenburg
Heimvolkshochschule-
Hankhausen, 2902 Rastede 1

28. bis 29. Mai 1976

Christlicher Glaube und parteipolitisches Engagement.

— Gespräch mit der CDU.

17. bis 19. Juni 1976

Bewältigung von Lebenskrisen.

— Bildungstage für Selbständige und Ehepaare.

Evangelische Akademie Rheinland-
Westfalen — Haus Ortlonn

Baarstraße 59—61

5860 Iserlohn/Westfalen

26. bis 27. Mai 1976 (Himmelfahrt)

Mit Gott an einem Tisch — Probleme des Abendmahls im Neuen Testament und heute.

— Theologische Tagung mit Prof. Dr. U. Wilckens.

10. bis 11. Juni 1976

Müllplanet Erde?

— Umwelttagung zu Fragen der Abfallbeseitigung

Evangelische Akademie Rheinland-
Westfalen — Haus der Begegnung

Uhlenhorstweg 29

4330 Mülheim/Ruhr

12. bis 13. Juni 1976

Wer bestimmt, was unsere Kinder lernen sollen?

— Tagung zum Problem des Schulbuches.

30. Juni bis 2. Juli 1976

Studieren an der Universität heute.

— Woraufhin, was und wie können Studenten heute lernen?

Tagung mit Abiturientinnen und Abiturienten.

Evangelische Akademie
Schleswig-Holstein

Marienstraße 31

2360 Bad Segeberg

31. Mai bis 3. Juni 1976

Altenhilfe — Altenpsychiatrie

9. bis 10. Juni 1976

Schwerbeschädigtenfürsorge — Schulungs- und Informationstagung.

Evangelische Akademie Tutzing
8132 Tutzing (Starnberger See),
Schloß

Die diesjährige Jahrestagung des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing unter dem Leitthema „Parteilpolitik zwischen Machtstreben und Gemeinwohl“ findet vom 26. bis 30. Mai in Tutzing statt.

Aus dem Bereich der Unionsparteien werden die Politiker Dr. Franz Josef Strauß und Professor Dr. Kurt Biedenkopf sprechen.

Im Falle Ihres Interesses an dieser Tagung wenden Sie sich bitte direkt an die Evangelische Akademie, zu Hd. Frau Lützen, 8132 Tutzing, Schloß

Katholische Akademie
der Erzdiözese Freiburg

Wintererstraße 1

7800 Freiburg i. Br.

12. bis 13. Juni 1976

Über das Werk Solschenyzyms.

— Prof. Dr. Lettenbauer, Freiburg.

— Prof. Dr. Schütz, Erlangen-Nürnberg.

Evangelische Verantwortung — Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU. Herausgeber: Dr. Gerhard Schröder, MdB; Dr. Werner Dollinger, MdB; Kultusminister Prof. D. Wilhelm Hahn, MdL; Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg, MdL. Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Peter Egen, Oberer Lindweg 2, 5300 Bonn, Ruf (0 22 21) 54 43 06. Verlag: Union-Betriebs-GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn. Abonnementspreis vierteljährlich 4 DM. Einzelpreis 1,50 DM. Konto: EAK — Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267. Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf. Abdruck kostenlos gestattet — Belegexemplar erbeten.